



IG Kleinbasel

Zusammen gestalten wir Zukunft.

Postfach 300
4005 Basel

Basel, 17. Juli 2024

Amt für Umwelt und Energie
Vernehmlassung Solaroffensive
Spiegelgasse 15
4001 Basel

Stellungnahme zur Vernehmlassung Solaroffensive

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 29. April 2024 Haben Sie das oben erwähnte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Als Vereinigung, die unter anderem die Interessen des Gewerbes im Kleinbasel vertritt, erlauben wir uns, Ihnen innert gesetzter Frist nachstehend unsere Stellungnahme zuzusenden.

Ausgangslage

Das Amt für Umwelt und Energie möchte die Anzahl der Photovoltaik-Anlagen auf Hausdächern sowie Fassaden mittels einer PV-Pflicht für alle Bauten im Kanton Basel-Stadt erhöhen.

Aufgeführte Statistiken und Daten

Die aufgeführten Statistiken lassen ein schlechtes Bild zur Solarsituation entstehen. Jedoch sind diese mit der hohen Bevölkerungsdichte sowohl in der Schweiz und vor allem in Basel zu erklären. Zusätzliche Regulatorien, welche nachweislich das Investitionsvolumen in Basel reduzieren, sind der Förderung von PV-Anlagen nicht zuträglich.

Das Dilemma zeigen auch die negativ bewerteten Punkte der Expertenrunde wie Informationsarmut oder starke Beschränkungen auf. Auch die gesetzlichen Regulatorien, Ablehnung durch Denkmalpflege/Ortsbildkommission/Naturschutz/etc., fehlendes Beratungsangebot, Unklarheiten bei PV und Dachbegrünung wie auch langwierige und komplizierte Prozesse in der Bewilligungs- und Umsetzungsphase zeigen klar auf, welche Umstände für einen schwachen Ausbau verantwortlich sind.



IG Kleinbasel

Zusammen gestalten wir Zukunft.

Grundsätzliche Erwägungen

Die IGK unterstützt grundsätzlich die Anreize und Erleichterungen, welche die Gebäudeeigentümerschaft unterstützt, Photovoltaik-Anlagen auf ihren Dächern zu platzieren. Ein schnelles und einfaches Baubewilligungsverfahren bildet die Basis für die Nutzung erneuerbarer Energien. Einer Pflicht stehen wir kritisch gegenüber, weil die praktische Umsetzung, resp. die Machbarkeit nicht aufgezeigt wird. Diesem Aspekt wurde zu wenig Rechnung getragen. Die Befragung eines einzigen PV-Anlage-Bauers scheint uns in Anbetracht dieses gewichtigen Faktors als zu dürftig. Ein Master-Plan zur Umsetzung des ehrgeizigen Ziels ist nicht erkennbar. Die jährliche Bestrafung derjenigen, die keine PV-Anlage errichten lassen dürfen, scheint uns zudem ungerecht.

Ansatz zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen

Es wird nicht bestritten, dass der Ausbau mit Photovoltaik-Anlagen auf Basler Dächern ausbaufähig ist. Jedoch soll die Art der Umsetzung nicht mit Androhung einer Ersatzabgabe geschehen, solange die Umsetzung durch genügend Fachbetriebe nicht garantiert werden kann. Der zumutbare Weg führt hier über vereinfachte und schnellere Baubewilligungen, höhere Subventionen für die Erstinstallationen sowie höhere Einspeisevergütungen ins IWB-Netz.

Umsetzbarkeit

Ein Ausbau der Photovoltaik-Anlagen bedingt, dass sowohl das Material wie auch das Knowhow (Fachkräfte) dafür vorhanden sein muss. Bei einer Pflicht innert 15 Jahren rund 4.6 Mio. m² Photovoltaik-Fläche zu verbauen würde bedeuten, dass pro Jahr durchschnittlich über 306'000m² bestückt werden müssten. Es wird stark bezweifelt, dass die PV-Anlagenbauer aufgrund des Fachkräftemangels in diesem Bereich wie auch die erschwerten und längeren Lieferfristen für das Material die grosse Menge der zu installierenden Anlagen realisieren können.

Die Schaffung neuer Lehrgänge und Ausbildungen im Bereich Solarenergie sind ein erster Schritt. Diese Fachkräfte werden dringend gebraucht. Die IGK unterstützt die Einführung dieser Aus- und Weiterbildungen und wünscht sich weitere attraktive Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien. Ebenso sehen wir die Chancen für Betriebe, neue Fachgebiete mit diesen Arbeitskräften zu besetzen.

Wir empfehlen das Ansiedeln von PV-Montage-Betrieben in Basel, da hier gute Verkehrsanbindungen herrschen, innovative Ausbildungs- und Arbeitsplätze geschaffen und die Innovation in diesem Bereich gefördert würden.

Der Ratschlag lässt offen, wie mit den Gebäuden, bei welchen die Installation der PV-Anlage nicht möglich ist, verfahren wird. Diese müssten somit von der Ersatzabgabepflicht befreit werden.



IG Kleinbasel

Zusammen gestalten wir Zukunft.

Attraktivität steigern

Einfache Rechenaufgaben:

Anzahl Anlagen/Jahr: $306'000\text{m}^2 : 25\text{m}^2 = 12'240$ Anlagen, gerundet, weil auch grössere Anlagen dabei sein: 10'000 Anlagen sollen durchschnittlich pro Jahr gebaut werden.

-> Materialmangel, Lieferengpässe

Mann-Stunden: $10'000 \times 70 = 700'000$ Mann-Stunden. -> Fachkräftemangel

Rendite: Die Einspeise-Erstattung liegt bei CHF 0.14/kWh-> Einspeise-Erschädigung muss auf mind. CHF 0.21/kWh erhöht werden, dass die Anlage nach 15 Jahren überhaupt amortisiert ist. -> unattraktive Investition

Differenz zwischen Einspeise-Erschädigung und Bezugsabgabe beim Endverbraucher: so gering wie möglich halten. Differenz Einspeisung-Vergütung (CHF 0.14/kWh) zu Verbrauch (CHF 0.34/kWh inkl. MwSt., Abgaben) sind CHF 0.20/kWh, was für einen Betrieb der Grundversorgung eine Differenz von über 140 % ausmacht.

Abänderung von bestehenden Gesetzen

Der §6 des EnG ist schon heute nicht immer mit der Biodiversitäts-Strategie vereinbar. Gemäss dem Vorschlag sollen auf dem gleichen Dach 100% PV-Anlagen verbaut werden und 100% Grün- und Freifläche vorhanden sein. Dieser Widerspruch findet sich heute in vielen Bewilligungen von Neubauten. Wir würden es begrüßen, wenn eine Einigkeit in der Strategie geschaffen wird.

Energie-Bedarf und Energie-Verbund

Es kann davon ausgegangen werden, dass bei EFH die Mischform von Eigenverbrauch und Einspeisung erfolgen wird. Diese ist etwa im Verhältnis 50/50 und bedeutet, dass nur etwa 50% als Energie für die weitere Bevölkerung zur Verfügung stünde. Bei MFH sieht die Bilanz noch eindeutiger aus, je mehr Personen in einem solchen leben.

Sinnvollerweise könnten sich auch mehrere MFH und EFH zusammenschliessen und einen gemeinsamen Verbund zur Energiegewinnung erstellen.

Fazit

Die IGK unterstützt den Ausbau der Photovoltaik-Anlagen. Damit der Ausbau umsetzbar wird, müssen die Anreize, wie vereinfachte Baugenehmigungen, höhere Einspeisevergütungen und höhere Subventionen erfolgen. Zusätzlich sind die entsprechenden Ressourcen wie Fachkräfte und PV-Montage-Betriebe nach Basel zu locken. Ohne zusätzliche Firmen und Fachkräfte lassen sich die gesteckten Ziele nicht umsetzen. Dies wäre auch im Sinne der kurzen Lieferwege wichtig.

Mit Kleinbasler Grüßen

Anita Tremli Nidecker
Präsidentin

Carmen Kolp
Geschäftsführerin